

**Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hartmut Ganzke
zum Kreishaushalt 2023 am 13.12.2022**

-Es gilt das gesprochene Wort-

[Sperrfrist: 13.12.2022, 16:00 Uhr]

Haltung zeigen in herausfordernden Zeiten!

Sehr geehrter Herr Landrat Löhr,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr geehrte Damen und Herren!

Das ist meine dritte Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender. Wieder eine Rede unter extremen Rahmenbedingungen. Die letzten Jahre waren durch die Corona-Pandemie geprägt, die immer noch zu unserem Alltag gehört. Sicherlich kaum einer hat erwartet, dass es mit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar wieder einen Krieg mitten in Europa geben wird.

Unsere Haltung ist klar: Die Solidarität mit dem ukrainischen Staat und vor allem mit der ukrainischen Bevölkerung ist und bleibt ungebrochen! Die Unterstützung ist dabei nicht abstrakt, sondern konkret, wie beispielsweise mit Blick auf die finanzielle Hilfe für unseren Partnerkreis Nowy Sacz. Mein Dank gilt hier auch unserem Landrat Mario Löhr, für die Organisation der schnellen und unkomplizierten Hilfe. Auch dadurch wird Haltung sichtbar!

Der russische Angriffskrieg hat Europa und die Welt auch wirtschaftlich getroffen und unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern deutlich gemacht.

Sicherstellung und stärkerer Umstieg der Energieversorgung, steigende Inflation – vor allem bei den Energiepreisen, Aufnahme geflüchteter Menschen und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diese Begriffe beschreiben aus meiner Sicht eindrücklich die enormen Herausforderungen für alle politischen Ebenen. Hier unter großem Druck die richtigen politischen Antworten zu finden, ist und bleibt ein Kraftakt. Die Bundesregierung unter Führung von Kanzler Olaf Scholz hat unter anderem durch die Entlastungspakete, aber auch durch eine besonnene Außenpolitik Verantwortung übernommen und Haltung gezeigt.

Vor diesem geopolitischen Hintergrund haben wir intensiv den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 diskutiert. Wir haben sicherlich alle in den letzten Wochen gemerkt, wie sehr gerade die kommunale Familie – also die Kreise, Städte und Gemeinden – die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges spüren. Lassen Sie mich hier nur beispielsweise die Aufnahme geflüchteter Menschen, die Steigerungen bei den Kosten der Unterkunft oder bei den Baukosten nennen. Die kommunalen Haushalte stehen unter enormen Druck. Meine Fraktion hat daher gemeinsam mit der Fraktion GFL+WfU eine Resolution zu diesem Thema eingebracht, um auch als Kreistag ein Zeichen Richtung Bund, aber besonders Richtung Land zu senden. Ein Zeichen für eine wirklich auskömmliche und zukunftsgerichtete Kommunalfinanzierung!

Wie fragil das jetzige System ist, sehen wir am Bilanztrick der Landesregierung: hätte sie es den Kommunen nicht weiter ermöglicht, neben den Aufwendungen für die Pandemie nun auch die Kosten für den Krieg zu isolieren oder besser gesagt „Schulden anzuhäufen“, wären in NRW reihenweise Kommunen im sprichwörtlichen Sinne finanziell „abgesoffen“.

Von daher mutet der beantragte Haushaltsbegleitbeschluss der CDU schon etwas seltsam an. Wir sind uns ja einig, dass eine langfristige Belastung kommender Generationen vermieden werden soll. Nur dann wäre es doch folgerichtig gewesen, wenn die CDU-Kommunalministerin dafür gesorgt hätte, den Kommunen echtes Geld zu geben. Lassen Sie mich etwas ironisch anmerken, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz das durchaus zulässt. Vielleicht sollte die Ministerin bei den Scheckübergaben auch mal mit den kommunalen Finanzexperten sprechen, um wirklich generationengerechte Lösungen zu finden! Der Zwang zum Schuldenaufbau ist sicherlich keine. Auch hier wäre eine klare Haltung der Landesregierung wichtig!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit diesem Haushaltsentwurf diskutieren und entscheiden wir hier im Kreistag über 600 Millionen Euro. Viel Geld davon wird erneut durch den Sozialhaushalt - Stichwort KdU-Steigerungen um fast 50 % - und eine weiter gestiegene Umlage des Landschaftsverbandes gebunden. Damit bleibt die LWL-Umlage auf Platz 1 auf Aufwandshitliste.

Bedingt durch diese und weitere Faktoren steigt leider die allgemeine Kreisumlage. Daher ist es gut und wichtig, dass wir mit der Entnahme von rund neun Millionen Euro aus der Rücklage und erfolgten Einsparungen im laufenden Haushalt die Belastung für die kreisangehörigen Kommunen „eindämmen“. Ich danke Herrn Kreisdirektor Janke ausdrücklich für seine Arbeit rund um die Bewirtschaftungssperre – man macht sich sicherlich nicht nur Freunde damit. Mein Dank gilt aber auch für den guten Austausch und enge Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen rund um die Haushaltsaufstellung. Das zeigt die kommunalfreundliche Haltung der Kreisverwaltung.

Der Haushalt sieht aber eben auch wichtige Investitionen in einem Gesamtumfang von rund 40 Millionen vor – vieles davon in die Bildungsinfrastruktur. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Fraktion hat sich mit Anträgen zu diesem Haushalt stark zurückgehalten. Das hat zwei maßgebliche Gründe.

Zum einen die oben beschriebene Situationen der kommunalen Haushalte – auch im Kreis Unna. Wir wollen dem auch als SPD Rechnung tragen und die Kreisumlage nicht weiter steigern. Ich glaube, diese Haltung ist in einer kommunalen Familie auch gut so.

Zum anderen haben wir mit dem letztjährigen Haushaltsbeschluss sehr viele und umfangreiche Themen auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel im Bereich Katastrophenschutz, beim Klimaschutz, der Mobilität oder ein neues Integrationskonzept. Hier muss Verwaltung auch noch einiges umsetzen. Wir erkennen aber die schwierige Personallage in vielen Bereichen, den Aufgabenumfang und die schwierigen Rahmenbedingungen an. Allein die gerade benannten Themen werden uns auch im neuen Jahr 2023 politisch intensiv in der Umsetzung beschäftigen.

Ein Antrag war uns dennoch besonders wichtig: Der Ausbau des klimaneutralen Wohnungsbestandes bei der UKBS. Ja, hier hat sich der Kreis Unna schon mit der Weitergabe von Kreditmitteln engagiert. Wir glauben aber, hier müssen wir mutiger sein und den Rahmen erhöhen. Wir sehen mit den beantragten 10 Millionen Euro die Chance, den Wohnungsbestand der UKBS bis 2035 dekarbonisiert und klimaneutral saniert zu bekommen. Davon profitieren das Klima und die Mieterinnen und Mieter durch niedrigere Betriebskosten.

In einem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion Grüne im Kreistag zeigen wir ebenfalls Solidarität. In diesem Fall mit den Menschen im Iran, die seit dem 16. September gegen die autoritäre Regierung im Iran demonstrieren - trotz eines extrem brutalen Vorgehens gegen die Demonstrierenden und verhängter und umgesetzter Todesurteile. Ich würde mich freuen, wenn diesem Antrag gleich alle Mitglieder des Kreistages folgen würden – es wäre ein wichtiges und richtiges Zeichen der menschlichen und politischen Haltung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit der moralischen Haltung einiger Kreistagsmitglieder haben wir uns zu Sitzungsbeginn beschäftigt. Es sind nur wenige, die ein schlechtes Licht auf alle anderen werfen. Ich betone: Das wird der überwältigenden Mehrheit der Kreistagsmitglieder nicht gerecht! Das zeigt sich in der guten und sachlichen politischen Zusammenarbeit über -fast- alle Fraktionsgrenzen hinweg. Es geht den meisten Kreistagsmitgliedern wirklich um die Sachfragen und beste Lösungen – selbstverständlich aus unterschiedlichen politischen Sichtweisen. Das wir hier aber mehrheitlich immer gute Lösungen finden, zeichnet diesen Kreistag aus. Ich bedanke mich dabei besonders bei den Fraktionen für die gute, kritisch-konstruktive Zusammenarbeit!

Mein besonderer Dank geht noch einmal in Richtung von Herrn Kreisdirektor und Kämmerer Janke und seinem Team für den guten Haushaltsentwurf und die Begleitung rund um die Haushaltsberatungen! Dieser Haushaltsentwurf hat Zustimmung verdient.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche und friedliche Weihnachtszeit!